

DER HAUPTFEIND EINES JEDEN VOLKES STEHT IM EIGENEN LAND!

Karl Liebknecht

DER SPARTAKIST

ORGAN DES

KARL - LIEBKNECHT - BUNDES

(INTERNATIONALE KOMMUNISTEN)

Nr. 8 (Mai 1946) Preis: S 1,-

Europäisches Exekutivkomitee
der IV. Internationale

FÜR DIE VERTEIDIGUNG DER KOLONIALVÖLKER.

Aufruf an die Arbeiter Europas.

Die Kolonialherrschaft, eine der wichtigsten Stützen des Weltimperialismus, ist im Begriffe zusammenzustürzen. Während die Bourgeoisie in den Mutterländern wachsenden Schwierigkeiten begegnet, um ihre Macht aufrechtzuerhalten und ihre internationalen Beziehungen zu verbessern, erhebt sich ein Kolonialvolk nach dem anderen, um die blutrünstige Tyrannei der imperialistischen "Zivilisatoren" zu verjagen. Indochinesen und Indonesier erheben sich gegen die Herrschaft ihrer französischen und holländischen Unterdrücker, die ihnen nur Überausbeutung, gestützt auf eine Militär und Polizeidiktatur, gebracht haben. In Birma, in Indien und auf Ceylon, auf den Philippinen und in Korea organisieren sich die Massen, um in den Befreiungskampf einzutreten.

Von Furcht und Schrecken gegenüber der Tragweite dieser Bewegungen gepackt, bilden die bürgerlichen und sozialpatriotischen Verleumder ihre Einheitsfront. Die Weltpresse aller Richtungen ist gegen die Revolutionäre des Fernen Ostens mobilisiert. Die heuchlerischen Verteidiger der "Demokratie", die Hunderttausende von Menschen opferten, um den "japanischen Militarismus" zu schlagen, zögern nicht, diesen gleichen japanischen Militarismus gegen die Erhebung der Kolonialmassen einzusetzen. Die britischen Generäle wenden sich an die japanische Armee, um die "Ordnung" wieder herzustellen. Mit Hilfe der japanischen Polizei und der irregulären französischen Horden haben die britischen Truppen versucht, die aufständischen Annamiten niederzuschlagen. Für eine gewisse Zeit ihre Interessen, ihre besonderen Ansprüche und Gegensätze zurückstellend, werden die Imperialisten morgen ihre blutige Intervention organisieren, wenn es einem Kolonialvolk gelingen sollte, seine Unabhängigkeit vorübergehend zu erobern.

Es genügt also eines revolutionären Funkens, um das wahre Antlitz der imperialistischen Bourgeoisie und ihrer Agenten aufzudecken. Ihre "Verteidigung der Freiheit", das ist die Verteidigung

des Rechtes der Finanzmagnaten, vom Blute und vom Schweiß der Millionen Kolonialsklaven zu leben. Ihre "Verteidigung der Rechte der kleinen Nationen", das ist, den kolonialen Nationen das elementarste demokratische Recht: die U n a b h ä n g i g k e i t zu verweigern!

Gegenüber der Einheitsfront der Sklavenhalter müssen wir die Einheitsfront der Ausgebeuteten der ganzen Welt schmieden!

Gewiß, das koloniale Proletariat hat noch riesige Aufgaben zu erfüllen, damit der Sieg der Kolonialrevolution endgültig sei: die Massen der kleinen Bauern gewinnen, um die Herrschaft des ausländischen Imperialismus und der eigenen Bourgeoisie niederzuwerfen; die Agrarfrage lösen; die feudalen Überreste ausfegen; die Grenzen abschaffen und die große Union der sozialistischen Völker Asiens errichten. Aber der Kampf der kolonialen Massen für die sofortige Unabhängigkeit ist von seiner Geburt an ein fortschrittlicher Kampf, den das Proletariat der Mutterländer mit allen seinen Kräften unterstützen muß. Er setzt die imperialistische Weltherrschaft in Todesgefahr; er entreißt der dekadenten europäischen Bourgeoisie ihre letzten Reserven; er begünstigt in entscheidendem Maße den Klassenkampf des Proletariats in den Mutterländern. Er stellt die Organisationen und die Arbeitermassen der ganzen Erde vor die unumgängliche Alternative: mit den imperialistischen Banditen, um ihre eigene Knechtschaft zu verewigen - oder mit den aufständischen Völkern gegen eine barbarische Ausbeutung, deren Opfer sie selbst sind.

VOLLSTÄNDIGE SOLIDARITÄT MIT DER KOLONIALEN BEFREIUNG, das ist die Parole der IV. Internationale. Das muß der Ruf zum Zusammenschluß aller europäischen Arbeiter sein. Die Sache der kolonialen Völker ist die ihre. Der blutige Imperialismus, der die Menschheit in die Barbarei stürzen will, ist der gemeinsame Feind. Ihn gilt es durch den unversöhnlichen revolutionären Kampf niederzuwerfen, durch die Sammlung um die Fahne des Kommunismus, die IV. Internationale!

Proletarier Europas!

Laßt nicht zu, daß die koloniale Revolution niedergetreten wird! Ihre Niederlage würde eure eigene Niederlage vorbereiten. Ihr Sieg wird ein entscheidender Schritt zu eurem Sieg sein!

Folgt dem Beispiel der australischen Arbeiter, die durch Taten ihre Solidarität mit ihren Brüdern in den Kolonien bestätigt haben!

Hafenarbeiter von Marseilla, von Neapel, von Antwerpen und von Rotterdam!

Weigert euch, Schiffe mit Waffen und Truppentransporten zu laden, die bestimmt sind, die kolonialen Völker zu bekämpfen!

Französische, holländische, belgische Eisenbahner!

Weigert euch, Soldaten und Kriegsmaterial zu den Häfen für den Fernen Osten zu transportieren!

Russische Arbeiter und Arbeiterinnen!

Entlarvt den Verrat des Kremls an der leninschen Politik der vollständigen Unterstützung der Kolonialrevolutionen. In Saigon, auf Hanoi und auf Java geht es heute um das Schicksal der Sowjetunion!

Englische Arbeiter und Arbeiterinnen!

Demonstriert, stellt die Arbeit ein, um gegen die gemeine Zusammenarbeit eurer "Arbeiter"-Regierung mit den Sklavenhaltern von Paris, Amsterdam, London und Tokio!

Proletarier aller Länder!

Vereint euch im Kampf gegen den Imperialismus, für die Verteidigung der bedrohten kolonialen Revolution. Fordert, daß alle Arbeiterorganisationen, Parteien und Gewerkschaften die internationale Solidarität der Arbeiter verwirklichen!

NICHT EINEN SOLDATEN, NICHT EIN GEWEHR GEGEN DIE KOLONIALVÖLKER!
NIEDER MIT DEM IMPERIALISMUS! ES LEBE DIE KOLONIALE REVOLUTION!
TOTALE UND SOFORTIGE UNABHÄNGIGKEIT FÜR ALLE KOLONIEN!
ES LEBE DIE INTERNATIONALE SOLIDARITÄT DER ARBEITER!

Das Exekutivkomitee der IV. Internationale.
Französische, englische, belgische, italienische,
griechische, deutsche, holländische, spanische,
irländische und schweizer Sektion.

(Übersetzt aus dem Französischen!)

-----o-----

Europäisches Exekutivkomitee
der IV. Internationale

Dez. 1945 - Jänner 1946

INTERNATIONALE SOLIDARITÄT MIT DEM DEUTSCHEN PROLETARIAT!

M a n i f e s t

Der Hitlerfaschismus liegt, durch die Gewalt der Waffen zerschmettert, am Boden, und ein Aufatmen möchte durch die Menschheit gehen. Endlich, endlich möchte vor allem das deutsche werktätige Volk nach 12 Jahren grausamster Unterdrückung und nach 5 entsetzlichen Kriegsjahren voller Blut und Tränen aufatmen und auf eine bessere Zukunft hoffen.

Aber es will nicht gelingen. Was des Göbbels Propagandamaul Jahre hindurch gelogen hat, Hitler und das ganze deutsche Volk seien eins, das ist jetzt die offizielle Begründung für die Behandlung dieses Volkes durch die siegreichen alliierten Mächte. Vansittard aus England, Morgenthau aus Amerika, Ehrenburg aus Rußland predigen gleichermaßen überfüllt die Schuld des gesamten deutschen Volkes an allen Verbrechen Hitlers. Zerstückelung des Landes, Annexionen weiter Gebiete, gewaltsame Agrarisierung des Landes, Abtransport des Maschinensparks aus den Fabriken, Requisitionen aller Art, militärische Kontributionen, Deportationen, Vertreibung von Millionen aus ihrer Heimat, Hungerblockade, Reparationen, die in die Abermilliarden gehen sollen - das ist der "Friede", der dem für gesamt-schuldig erklärten deutschen Volke zuteil wird.

Deutsche Werktätige in Stadt und Land! In dieser Situation fühlen wir, die Internationalen Kommunisten, uns gedrängt, Euch mit der ganzen Kraft und Überzeugung unserer Klassensolidarität beizustehen. Wißt, daß wir keine Sozialdemokraten sind, die in feigem Opportunismus die Gesamtschulderklärung unterstützen und sich als Agenten des anglo-amerikanischen oder französischen Imperialismus im Westen Deutschlands betätigen. Wißt, daß wir auch keine Stalin-Kommunisten sind, die womöglich noch lauter auf russischen Befehl hin das ganze deutsche Volk schuldig sprechen und die Annexionen im Osten desselben Stalin begrüßen, der einmal für die Sowjet-Union keinen Fußbreit fremden Bodens berühren wollte. Wir sind vielmehr Kommunisten im Geiste Lenins und im Sinne der ewig glorreichen rus-

sischen Oktoberrevolution, Wir verteidigen nur ihre Grundsätze, wenn wir gegen jede imperialisistische Ausbeutung und Vergewaltigung von wem sie auch ausgehen und gegen wen sie auch gerichtet sein mag, Stellung nehmen.

Heute bist Du es, deutsches Proletariat, Du Proletariat von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, das in erster Linie der Solidarität des Proletariats der anderen Länder bedarf. Für Dich, deutsches Proletariat, das in Hundert Klassenschlachten seinen Mann gestanden, das aus tausend Wunden geblutet, das Zehntausende seiner Besten in Konzentrationslagern verloren hat, wollen wir Internationale Kommunisten zeugen. Wir tun es, obgleich wir genau wissen, daß wir deswegen von einer Pressmeute und einer korrumpierten Bonzokratie als "Hitler-Trotzkisten" bespottet und verleumdet werden. Sollen sie über uns herfallen! Solidarität bleibt Solidarität. Und Wahrheit bleibt trotzdem Wahrheit.

Diese Wahrheit gebietet uns vor der proletarischen Weltöffentlichkeit festzustellen, daß der Hitlerfaschismus nicht eine gesamtdeutsche Angelegenheit war, sondern im Gegenteil eine ausgeprägte Diktatur des deutschen Monopolkapitalismus gegen das arbeitende deutsche Volk darstellte. Hitler hat erst den Krieg gegen das eigene deutsche Proletariat entfesselt, bevor er den Weltkrieg begann. Die Zerstörung der deutschen Arbeiterorganisationen, die Ausrottung der deutschen Arbeiterfunktionäre waren für Hitler die Voraussetzung dafür, seine Kriegsmaschine ungestört aufzubauen und seine Kriegsverbrechen zu begehen. Solange sich Hitlers Henkerswerk nur gegen das deutsche Proletariat richtete, fand er den Beifall der ausländischen Kapitalisten. Sie waren es, die ihn ermutigt und Verträge mit ihm abgeschlossen haben. Diese Mitschuld der internationalen Kapitalisten am Hitlerfaschismus wird nachträglich nur noch unterstrichen, wenn diese selben internationalen Kapitalisten heute, um Reparationsmilliarden aus dem deutschen Volke herauszupressen, die Gesamtschuld dieses Volkes propagieren.

Die Wahrheit gebietet ferner, festzustellen, daß der zweite Weltkrieg ein Versuch Hitlers war, im Auftrage des deutschen Monopolkapitalismus eine Neuverteilung der Absatzgebiete und Interessensphären der Welt zu erzwingen. War Hitler als der Vertreter eines verspätet auf dem Weltmarkt erschienenen deutschen Imperialismus tatsächlich der Angreifer, so können die andern Imperialisten deswegen nicht einfach zu friedliebden Demokraten abgestempelt werden, weil sie nur einen früher in der Welt vollzogenen imperialistischen Raub verteidigt haben. Sie sind umso weniger unschuldig, als sie, kaum daß ihr imperialistischer Konkurrent Hitler militärisch geschlagen ist, bereits unter sich ihre neuen imperialistischen Gegensätze austragen, neue Blockbildungen organisieren und neue Kriegsgefahren heraufbeschwören. Und auf dem Rücken des deutschen Proletariats insbesondere werden gegenwärtig diese imperialistischen Gegensätze ausgefochten.

Wir Internationale Kommunisten denunzieren darum in erster Linie das kapitalistische System, aus dem Faschismus und Kriege hervorgehen, als den Hauptschuldigen. Wir sagen dem internationalen und dem deutschen Proletariat, daß mit dem Sturz des Hitlerfaschismus allein der Weltfrieden noch nicht gesichert ist, sondern daß es dazu der Erkämpfung des Sozialismus und der Union der sozialistischen Nationen bedarf.

Wenn man aber vom proletarischen Standpunkt aus eine Verantwortung klarstellen will, dann bezieht sich diese in erster Linie auf die vergangene Führung des deutschen Proletariats.

Von der Ermordung Liebknechts über Noske, Severing und die gesamte Koalitionspolitik und Staatsbejahung der Sozialdemokratie führt ein gerader Entwicklungsweg zu Hitler. Auf der anderen Seite hat

die kommunistische Führung durch ihre engstirnigen Methoden des "Sozialfaschismus" entscheidend dazu beigetragen, daß Hitler über ein in seiner Klassenkraft schon gebrochenes deutsches Proletariat siegen konnte.

Das deutsche Proletariat selbst aber hat sich trotz des Versagens seiner Führung heroisch geschlagen. Allein die Abertausende von Blutzügen aus seinen Reihen machen die Gesamtschuldthese zu einer Beleidigung der Besten des deutschen Proletariats. Noch bis zuletzt, als schon die Bombenteppiche der alliierten Armeen auch über die Arbeiterviertel fielen und mit zur Lähmung eines ernstesten Widerstandes gegen Hitler beitrugen, haben deutsche revolutionäre Arbeiter in Streiks und Demonstrationen gegen den Faschismus gekämpft. Deutsche Deserteure zusammen mit ausländischen Arbeitern erhoben sich gegen die SS. An manchen Orten haben die Arbeiter in kühnem Aufstand vor dem Eintreffen der alliierten Armeen sogar die Macht erobert. Dieselben Militärmächte, die dem deutschen Volke vorwerfen, Hitler nicht gestürzt zu haben, haben dann alles getan, um diese proletarischen Erhebungen zu liquidieren und totzuschweigen. Denn letzten Endes sind sich die siegreichen Imperialisten wie die besiegten Hitlerfaschisten wie auch die deutsche Bourgeoisie, die heute Demokratie heuchelt, darin einig, daß ihr gemeinsamer Hauptfeind die proletarische Revolution ist. Gerade die Behandlung des deutschen Volkes nach dem Grundsatz der Kollektivschuld gibt den verkappten Faschisten neue Möglichkeiten, in trüben nationalistischen Gewässern zu fischen. Das umso mehr, als sich logischerweise der Schuldanteil der wirklich schuldigen Nazis vermindert und sie Aussicht haben, der gerechten Strafe zu entgehen, wenn das gesamte deutsche Volk schuldig ist.

Angesichts dieser Lage warnen wir das deutsche Proletariat, jener Bourgeoisie zu vertrauen, die behauptet, heute demokratisch zu sein. In Wirklichkeit sind diese neuen "Antifaschisten" jene kapitalistischen Kreise, die bereits wieder ihre internationalen Trustbeziehungen spielen lassen, ihre Klassenfront gegen das deutsche Proletariat neu organisieren und die mit den ausländischen Imperialisten einen Pakt schließen wollen, um alle Deutschland auferlegten Reparationslasten auf die Schultern des werktätigen Volkes abzuwälzen. Wir Internationale Kommunisten aus den sogenannten Siegerstaaten sehen darum in Euch deutschen Arbeitern und Bauern Opfer, denen zu helfen wir uns verpflichtet fühlen.

Wir sind im Geiste von Lenin bereit, für Eure Befreiung vom imperialistischen Joch zusammen mit Euch zu kämpfen.

Wir protestieren mit Euch gegen die Zerstückelung Deutschlands, gegen die Kontributionen, Requisitionen und gegen die Milliardenlast der Reparationen.

Wir begrüßen jede Verbrüderung der Soldaten der Okkupationsarmee mit den deutschen Proletariern und fordern gleichzeitig diese Soldaten auf, sich nicht zu imperialistischen und reaktionären Zwecken gegen das deutsche Proletariat mißbrauchen zu lassen.

Wir sind für das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes. Wir fordern gewerkschaftliche Rechte, ausreichende Löhne, menschenwürdige Behausung und genügende Ernährung für alle zum Wiederaufbau eingesetzten deutschen Arbeiter.

Wir verlangen mit Euch die Behandlung der Kriegsgefangenen nach den humanen Vorschriften des Roten Kreuzes und ihre baldmöglichste Befreiung.

Wir sind gegen die Austreibung von Millionen von Werktätigen aus ihren heimatlichen Regionen und wir sind für die Brechung der Hungerblockade, die das deutsche Proletariat und in erster Linie seine Kinder würgt und die Weltkrisen bedroht. Wir sind für eine brüderliche gegenseitige Hilfe.

Wir sind für das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes. Dafür werden wir Internationale Kommunisten überall, wo immer wir stehen, kämpfen. Für diesen Kampf werden wir das Proletariat aller Länder zu organisieren versuchen. Das sind wir den Namen eines Liebknecht, einer Luxemburg und den tausenden Märtyrern der deutschen proletarischen Revolution schuldig.

Und in diesem Sinne rufen wir dem Weltproletariat zu: ÜBT SOLIDARITÄT MIT DEM DEUTSCHEN PROLETARIAT! HELFT IHM, DAS IMPERIALISTISCHE JOCH ABZUSCHÜTTELN!

Deutsche Klassengenossen! Wir zweifeln nicht daran, daß Ihr eurerseits mit erneuter Tatkraft an den Aufbau Eurer Organisationen gehen werdet. Bildet starke kampfesfähige und einheitliche Klassengewerkschaften. Haltet vor allem Eure Arbeiterbewegung rein von allem Koalitionsschacher mit der Bourgeoisie und mit den Imperialisten. Immer noch ist die Befreiung der Arbeiterklasse das Werk der Arbeiter selbst. Unabhängigkeit und Selbständigkeit der deutschen Arbeiterbewegung sind gerade in dieser Stunde der imperialistischen Versklavung von entscheidender Bedeutung. Nur über dieser Klassenselbständigkeit, nur in dem Kampf um klare Klassenziele bildet sich auch der internationale Charakter der Arbeiterbewegung. Wie Lenin nach dem Zusammenbruch der Zweiten Internationale die Kommunistische Internationale gründete, so besteht heute die IV. Internationale, nachdem sich die Kommunistische Internationale politisch zersetzt und schließlich von selbst aufgelöst hatte. Diese IV. Internationale hat das Erbe von Marx und Lenin übernommen. Als deutsche Sektion dieser Internationale muß jene revolutionäre Partei entstehen, die in der Lage ist, die deutsche Arbeiterklasse in den kommenden Kämpfen zum Siege zu führen. Das ist die große Aufgabe, die dem deutschen Proletariat bevorsteht.

Wir wissen, wie schwer Euer Kampf unter den harten Bedingungen einer Okkupation ist. Koalitionsfreiheit, Freiheit der Versammlungen und Demonstrationen, Freiheit der Arbeiterpresse und Streikfreiheit, das sind die demokratischen Rechte, die Ihr durch Eure Massenaaktionen erzwingen müßt.

Zur Beseitigung der Wohnungsnot, zur Kontrolle der Lebensmittelverteilung, zur Überprüfung der Preise, zur Organisierung des Wiederaufbaus, zur Wiedereröffnung der Betriebe, schließt Euch zu Komitees und Ausschüssen aller Werktätigen zusammen.

Duldet nicht, daß die Nazis, die Kriegsverbrecher im Sinne der Alliierten sind, bestraft werden, sondern alle, die als Angeber und Henker gegen deutsche Proletarier jemals eine Rolle gespielt haben. Sie abzuurteilen, dazu werden nur revolutionäre Arbeitertribunale in der Lage sein. Seid Euch dessen bewußt, daß nur Ihr als einheitliches und geschlossenes Proletariat den Faschismus ganz ausrotten könnt. Erkennt, daß "Antifaschismus" an sich nichts besagt. Faschismus und Imperialismus können nur durch den Sturz des Kapitalismus und durch den Sieg des internationalen Sozialismus beseitigt werden.

ES LEBE DIE DEUTSCHE PROLETARISCHE REVOLUTION!

ES LEBE DIE UNION SOZIALISTISCHER NATIONEN!

Revolutionäre Kommunistische Partei
(Englische Sektion der IV. Intern.)
Internationale Kommunistische Partei
(Französische Sektion der IV. Intern.)
Kommunistische Arbeiterpartei
(Italienische Sektion der IV. Intern.)
Revolutionäre Kommunistische Partei
(Belgische Sektion der IV. Intern.)

Die holländische, irländische, spanische,
schweizerische, griechische und deutsche
Sektion der IV. Internationale.

-----0-----

Europäisches Exekutivkomitee
der IV. Internationale

Februar 1946

UNSERE GEGENWÄRTIGE STELLUNG ZU RUSZLAND.

Wie können wir für die USSR aus dem zweiten imperialistischen Krieg die Bilanz ziehen und unsere Stellung in bezug auf ihren Klassencharakter definieren, sowie die Frage der unbedingten Verteidigung? Die Angriffe von außen und aus unseren eigenen Reihen mehren sich - bezüglich unserer Stellung zu Rußland - in dem Maße, in dem sich die Auswirkungen der bürokratischen Entartung der USSR häufen: Vergewaltigung des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen, Massendeportationen von ganzen Völkerschaften, Plünderungen, Polizeiterror, Bürokratisierung und Erstickung der Arbeiterbewegung, Verrat an Internationalismus und an der Klassenpolitik.

Die fortgeschrittenen Arbeiter sowohl der von der USSR besetzten oder kontrollierten Länder als auch der übrigen Welt sind vor den Auswirkungen der Politik der Sowjetbürokratie und der von ihr kontrollierten kommunistischen Parteien vollkommen desorientiert, die im Gegensatz zu den wichtigsten Thesen und Grundsätzen unserer sozialistischen Doktrin stehen.

Die Arbeiter und Bauern der Länder, die den Kriegseintritt der Roten Armee und ihre Besetzung erlitten, diese gleichen Arbeiter und Bauern, die die Ankunft der Roten Armee mit ihrer revolutionären Aktion als Synonym für den Beginn der Revolution betrachteten, sind noch verblüfft von der Primitivität und Brutalität in den ihnen das Gesicht des Arbeiterstaates, des Landes des Sozialismus in der Person der Sowjetbürokratie erschienen ist.

Genügt das jedoch schon, um unsere Einschätzung des Klassencharakters der USSR zu ändern?

Was uns betrifft, denken wir, daß die Ereignisse seit 1940, anstatt uns den Weg der Revisionisten aller Schattierungen in dieser Frage zu weisen, einer grundsätzlichen Frage der Politik des revolutionären Proletariats, uns die von Trotzki gegebene Analyse vollkommen bestätigt haben.

Welches waren die wesentlichsten Elemente dieser Analyse und wie haben sie sich in der Erfahrung des Krieges und seiner Konsequenzen bestätigt? Geduldig und systematisch hat Trotzki erklärt - bis in die letzten Augenblicke seines Lebens - daß, wenn wir der marxistischen Theorie treu bleiben wollen, nur den Klassencharakter der USSR von seinem historischen Ursprung und den Besitzverhältnissen ableiten müssen und nicht von der Politik der sozialen Schichte, die die Staatsmacht innehat.

Gegenwärtig stellt die USSR noch einen Staatstypus dar, der dank der proletarischen Oktoberrevolution 1917 errichtet wurde, die die kapitalistischen Besitzverhältnisse durch die Verstaatlichung der Produktionsmittel und die Planifizierung der verstaatlichten Wirtschaft umwälzte.

Dieser Staatstypus mit derartigem historischen Ursprung, der noch immer auf einer planifizierten und verstaatlichten Wirtschaft aufgebaut ist, kann trotz der Politik der sozialen Schichte, die die Staatsmacht innehat nur als entarteter Arbeiterstaat bezeichnet

werden, d.h. als Staat, der keine neue, zwischen dem Kapitalismus und Sozialismus notwendige Gesellschaftsform darstellt, sondern eine sehr weit fortgeschrittene Entartung des Arbeiterstaates unter den Bedingungen der Isolierung der Revolution in einem einzigen rückständigen Lande, vom Imperialismus umringt.

Die Anhänger der Theorie, die besagt, daß die USSR wieder ein kapitalistischer, faschistischer oder imperialistischer Staat geworden ist, betreiben reinen Revisionismus indem sie zugeben, daß der Kapitalismus in seiner absteigenden Phase - imperialistischen Phase - fähig sei, seiner ökonomischen Struktur eine allgemeine und andauernde Verstaatlichung und Planifizierung zu geben, indem er seine inneren Widersprüche, seine Anarchie, seine Krisen verhindert und den Produktivkräften eine neue Entwicklungsmöglichkeit eröffnet.

Die Anhänger der Theorie, die besagt, daß die USSR einen neuen Staatstyp darstelle - der bürokratische Kollektivismus von Burnham, Bruno R. und Schachtmann - geben in der Tat die historische Notwendigkeit einer solchen Etappe zu, die auf den Kapitalismus folgt und umgehen dadurch die revolutionären Möglichkeiten und die sozialistischen Perspektiven des internationalen Proletariats.

Wir sagen: der entscheidende Beweis dafür, daß die USSR noch nicht wieder kapitalistischer Staat geworden ist und auch keinen Staat neuer Art darstellt, wird erst in einem Zeitraum gelieft sein, der, nach unserem menschlichen Maßstab gemessen, lang scheinen kann, länger als man gerechnet hat, aber im Maßstab der Geschichte gemessen nicht länger scheinen wird als einige Stunden im Leben eines Menschen.

Der Krieg hat weder den Sturz des ökonomischen und sozialen Regimes entschieden, noch den Sturz der politischen Herrschaft Stalins und auch nicht die proletarische und sozialistische Regeneration der USSR.

Ist das eine Widerlegung der Analyse Trotzki's und ihrer historischen Richtigkeit?

Wir sind nicht dieser Meinung.

Zu allererst hat Trotzki niemals die Periode der offenen Feindseligkeiten als die einzige kritische Periode für das endgültige Schicksal vorgesehen. Er hat immer von Krieg und seinen Folgen gesprochen, von den Feindseligkeiten und der Periode, die kurz darauf folgen wird. Wir leben noch in dieser Periode, die unter verschiedenen Aspekten den Krieg verlängert, als Periode, in der sich die USSR und der Imperialismus schärfstens gegenüberstehen.

Zweitens erwartete Trotzki während der Feindseligkeiten eine einigere und mächtigere imperialistische Front gegen die USSR und im Verlaufe des Krieges und seiner Folgen eine breitere und tiefergehende revolutionäre Massenbewegung als wir sie heute haben.

Die Stabilität des Regimes der USSR und Stalins kann sich nur durch folgende Faktoren erklären lassen:

Während der offenen Feindseligkeiten konnten die USSR und Stalin von den interimperialistischen Gegensätzen profitieren, die den Imperialismus daran hinderten, seine Kräfte gegen die USSR zu vereinen. Andererseits konnten sie von den Vorteilen des inneren ökonomischen Regimes profitieren, von den Möglichkeiten der Wiederaufrichtung und der Produktion der verstaatlichten und planifizierten Wirtschaft.

Heute, nach den ^{offenen} Feindseligkeiten profitiert Stalin von der Nichtexistenz einer starken revolutionären Bewegung in der USSR und in der übrigen Welt, die imstande wäre, ihn zu stürzen. Andererseits unterliegt er den Druck des Imperialismus und der neo-kapitalistischen Elemente im Inneren.

Die bonapartistische Bürokratie erhält ihr allgemeines Gleichgewicht zwischen dem Imperialismus und der Revolution, zwischen der Rückkehr zum Kapitalismus und der sozialistischen Regeneration der

USSR, denn weder der durch seine inneren Widersprüche zerrissene Imperialismus, noch die Arbeiterbewegung, die noch dem demoralisierenden Einfluß des Stalinismus unterliegt, können heute einen entscheidenden Stoß in der einen oder anderen Richtung geben.

Daß diese Situation länger dauern kann als man vorausgesehen hatte ist möglich; aber daß sie sich zu einer unvermeidlichen Lösung entwickelt ist sicher.

Wir sind in jene kritische Periode eingetreten, die das endgültige Schicksal des in der USSR errichteten ökonomischen und sozialen Regimes und des politischen Regimes Stalins entscheiden wird.

Die durch den Krieg hervorgerufenen inneren und äußeren Veränderungen haben in gewissem Maße das Kräfteverhältnis verändert, auf der das relative Gleichgewicht der Sowjetbürokratie basierte. Wir besitzen noch nicht alle notwendigen Informationen, um die innere Situation der USSR genau einzuschätzen.

Aber wir sind bereits heute instande, davon zu skizzieren:

Der Krieg hat, laut einer Erklärung Molotows selbst, den Stillstand in der Entwicklung des Produktionsapparates der USSR gezeigt, und die Wirtschaft des Landes durch seine Zerstörungen um mehrere Jahre zurückgeworfen.

Die Zerstörungen in der Ukraine allein werden auf mehr als 100 Milliarden Dollar geschätzt, das ist fünfmal so viel wie das gesamte Nationaleinkommen von 1938.

Der ökonomische Rückschritt des Landes, die Dezimierung der besten Elemente und in den Reihen der fortgeschrittensten Schichten des Proletariats haben einerseits die neu-bürgerlichen Schichten der Bauernschaft (Kolchosen-Millionäre) und andererseits die Bürokratie als Gesamtes gegenüber dem Sowjetproletariat gestärkt.

Im Inneren der Bürokratie selbst haben die Kriegsverhältnisse die Militärelemente gefestigt, denen gegenüber sich heute die Parteibürokratie verteidigen muß.

Andererseits rufen die allgemeine Verarmung des Landes, die außerordentliche Senkung des Lebensniveaus der Bevölkerung und der seit der Revolution erste Kontakt von Millionen und Abermillionen Sowjetbürgern mit dem kapitalistischen Europa und seinem Lebensstandard in den Massen Wirkungen hervor, die sich auf direkte oder indirekte Weise gegen die Bürokratie richten.

In der USSR gibt es gegenwärtig aller Wahrscheinlichkeit nach eine Situation derartiger ökonomischer Schwierigkeiten und sozialer und politischer Spannung zwischen den verschiedenen Schichten der Bevölkerung, zwischen den Massen und der Bürokratie, zwischen den verschiedenen Fraktionen der Bürokratie, daß eine Beruhigung nur mit äußerer Hilfe hergestellt werden kann.

Dies erklärt in erster Linie die gegenwärtige Expansionspolitik der Sowjetbürokratie.

Der "Sozialismus in einem Lande", unter dessen Namen die Bürokratie ihren Aufbau einer autarken, abgeschlossenen Ökonomie verdeckte, die ihren eigenen privilegierten Kasteninteressen diene, hat endgültig wirtschaftlichen und politischen Bankrott erlitten. Die Bürokratie versucht diese gegenwärtigen Schwierigkeiten zu überwinden, ihre wirtschaftliche Basis wiederherzustellen, die Unzufriedenheit der Massen zu beruhigen und sich durch die Ausdehnung ihrer Einflußzonen und der effektiven Kontrolle in Europa ebenso wie in Asien gegen eine Rückkehr des Imperialismus zur Offensive zu sichern.

Die von der USSR besetzten oder kontrollierten Länder müssen vor allem zur rapiden Wiederherstellung der ökonomischen Macht der USSR beitragen.

Ein Teil der industriellen, landwirtschaftlichen und menschlichen Güter dieser Länder wurde raschest nach der USSR geschafft (Abrüstung der Fabriken Deutschlands, Ungarns, Österreichs; Natural-

Reparationen von Finnland und Rumänien; Deportierung der deutschen Arbeitskräfte usw.).

In allen diesen Ländern hat die Aktion der Bürokratie, bestimmt letzten Endes von ihrem komplexen Klassencharakter, im Allgemeinen die von Trotzki gegebene Analyse bestätigt.

Der Eintritt der Roten Armee in diese Länder hat überall "der revolutionären Bewegung der Massen" wie z.B. in Finnland und Polen 1940 einen mächtigen Antrieb gegeben.

In allen diesen Ländern hat die Errichtung der Kontrolle der Sowjetbürokratie durch die Durchführung der Agrarreformen, die Enteignung der fremden Kapitalien, mehr oder weniger ausgedehnte Verstaatlichung der Industrien und durch die Bildung von Arbeiter- und Bauernkomitees Änderungen in der sozialen Struktur hervorgerufen. Trotzki hat erklärt, daß dieser Prozeß unvermeidlich wird, nicht weil "die Bürokratie an das sozialistische Programm gebunden ist, sondern weil sie weder wünscht noch fähig ist, die Macht und die Privilegien mit den in den besetzten Gebieten früher herrschenden Klassen zu teilen."

Diese Umwandlung in der Struktur - die revolutionären Charakter trägt - erfolgt jedoch in militärisch-bürokratischem Sinne und ersetzt keineswegs die sozialistische Revolution, d.h. die unabhängige revolutionäre Aktion der Massen mit dem Ziele, die Produktionsmittel nicht nur zu verstaatlichen, sondern die Produktion selbst zu kontrollieren und zu leiten.

Die Bürokratie kann jedoch diese unabhängige Aktion der Massen nicht zulassen. Dort wo sie die Arbeiter- und Bauernkomitees toleriert macht sie es nur in dem Maße als sie sich die Vorherrschaft über die revolutionären Massen durch bürokratische und Polizeikontrolle gesichert hat.

Wir grenzen uns entschieden von jenen ab, die den fortschrittlichen Charakter der von der Bürokratie in den von ihr besetzten Ländern durchgeführten ökonomischen Maßnahmen bestreiten und sich weigern, sie gegen die Angriffe des Imperialismus und der inneren Reaktion zu verteidigen.

Ebenso grenzen wir uns aber auch von jenen ab, die vom verhältnismäßig fortschrittlichen Charakter dieser Maßnahmen ausgehend, der Bürokratie eine historisch fortschrittliche Mission zuschreiben.

"Die Verstaatlichung der Produktionsmittel", schrieb Trotzki 1939, "ist, sagten wir, eine fortschrittliche Maßnahme. Aber ihr fortschrittlicher Charakter ist relativ; er hängt von der Gesamtheit der anderen Faktoren ab. Wir müssen zuerst und prinzipiell feststellen, daß die unter 'sozialistischen' Maßnahmen verdeckte Ausdehnung des durch die Selbstherrschaft und das bürokratische Schmarotzertum beherrschten Gebietes das Prestige des Kreml stärken und bezüglich der Möglichkeit, die proletarische Revolution durch bürokratische Manöver zu ersetzen, usw. Illusionen hervorrufen kann. Diese Gefahr ist weitaus schwerwiegender als der fortschrittliche Inhalt der stalinistischen Reformen in Polen.

Damit das nationalisierte Eigentum in den besetzten Gebieten sowie in der USSR selbst Basis für eine sozialistische Entwicklung werde, ist es notwendig, die Moskauer Bürokratie zu stürzen. Unser Programm behält daher seine volle Gültigkeit. Die Ereignisse dürfen uns nicht überraschen. Es ist bloß notwendig, sie richtig ausulegen. Es ist notwendig, klar zu verstehen, daß im Charakter der USSR und ihrer internationalen Stellung scharfe Widersprüche enthalten sind. Es ist unmöglich, sich dieser Gegensätze durch eine terminologische Drehung zu entledigen ("Arbeiter" taat oder nicht). Wir müssen die Tatsachen so nehmen wie sie sind; wir müssen unsere Politik mit den tatsächlichen Beziehungen und Gegensätzen als Ausgangspunkt aufbauen. Wir trauen dem Kreml keine histo-

rische Mission zu. Wir waren und wir bleiben gegen die Eroberung neuer Gebiete durch den Kreml. Wir sind für die Unabhängigkeit der Sowjetukraine und wenn die Russen Weißrußlands es selbst wünschen, sind wir für ihre Unabhängigkeit. Gleichzeitig müssen die Anhänger der IV. Internationale in den von der Roten Armee besetzten Teilen Polens bei den Expropriationen der Großgrundbesitzer und Kapitalisten eine entscheidende Rolle spielen, indem sie den Boden unter den Bauern aufteilen und Sowjets und Arbeiterkomitees usw. schaffen. Trotz dieser Tätigkeit müssen sie ihre politische Unabhängigkeit beibehalten, sie müssen während der Wahlen zu den Sowjets und Betriebsräten für deren vollkommene Unabhängigkeit gegenüber der Bürokratie kämpfen und sie müssen eine revolutionäre Propaganda im Sinne des Mißtrauens gegenüber dem Kreml und seiner örtlichen Agenturen betreiben."

Dies ist auch heute noch unsere Stellung in bezug auf die Aufgaben in den durch die USSR kontrollierten Ländern.

Aber hier ebenso wie im Weltmaßstab ist die Frage der Verteidigung des verstaatlichten Eigentums an den Produktionsmitteln der USSR und der von ihr in den besetzten Ländern durchgeführten fortschrittlichen ökonomischen und sozialen Maßnahmen heute vor allem der Verteidigung der Interessen der proletarischen Weltrevolution untergeordnet. Und diese Verteidigung erfordert sowohl in der USSR als im restlichen Teil der Welt einen unversöhnlichen Kampf für den revolutionären Sturz der thermidorianischen Bürokratie und gegen die revisionistische und anti-proletarische Politik der stalinistischen Parteien.

"Das wichtigste politische Kriterium für uns", schrieb Trotzki, "ist nicht die Umwandlung der Eigentumsverhältnisse in diesem oder jenem Gebiet, so bedeutend sie auch sein mag, sondern viel eher die Veränderungen im Bewußtsein und in der Organisation des Weltproletariats, die Festigung seiner Fähigkeit, die früheren Errungenschaften zu verteidigen und neue zu erobern."

(Übersetzt aus dem Französischen).

-----0-----

ZUR VERFASSUNGSFRAGE.

Der Alliierte Rat in Österreich hat auf Einspruch des russischen Vertreters der vom österreichischen Nationalrat am 19.12.45 beschlossenen Verfassung die Genehmigung versagt. Gleichzeitig erhielt die Regierung den Auftrag, bis zum 1.7.46 einen neuen definitiven Verfassungsentwurf fertig zu stellen.

In ihrer ersten offiziellen Kundgebung Ende April 45 stellte sich die Provisorische Regierung auf den Boden der Verfassung des Jahres 1920. Einige Wochen später ward diese Verfassung stillschweigend fallengelassen; die Regierung und die drei "demokratischen" Parteien sprachen nur mehr von der Verfassung des Jahres 1929. Diese Verfassung war das Ergebnis einer von der österreichischen Bourgeoisie geführten Offensive gegen die Arbeiterklasse, in der die Bourgeoisie sich entscheidend auf Heimwehr und Nationalsozialismus stützte. Der Sozialdemokratie, die jedem wirklichen Kampf auswich, die sich nur auf Scheinkämpfe im Parlament beschränkte, war es um nichts anderes als um die Aufrechterhaltung der Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie als der Basis ihrer fetten bürokratischen Pfründen zu tun; sie gab im Interesse dieser weiteren Zusammenarbeit wichtige demokratische Rechte der Massen preis. Die Stalinpartei (für die übrigens damals die Verfassungskampagne nur eine Nuancierung der

bereits für sie seit dem Jahre 1926 in Österreich etablierten "faschistischen Diktatur" war) weist richtig auf den Umstand hin, daß die Verfassungsänderung 1929 unter schwerstem Heimwehrdruck zustandekam. Dennoch ist sie gleich der SP im Unrecht und handelt in dieser Frage genau so verräterisch wie diese.

Daß die Heimwehr der Geburtshelfer der Verfassung von 1929 war, war der Stalinpartei weder im Mai noch im Dezember 1945 unbekannt. Sie hat trotzdem beidemal für diese Verfassung gestimmt, ohne auch nur mit einem einzigen Wort auf diesen so wichtigen Umstand hinzuweisen. Sie hat den "antidemokratischen" Charakter der Verfassung erst entdeckt, als der russische Vertreter, der ja ursprünglich ebenfalls dieser Verfassung die Zustimmung gegeben, plötzlich gegen sie einen Einspruch erhob, dessen Grund klar auf der Hand liegt. Der russischen Außenpolitik ist Österreich eine wichtige Schlüsselstellung, auf die sie nicht so ohne weiters verzichtet. Der Wahlausgang hat die Stalinpartei zur praktischen Bedeutungslosigkeit verurteilt; Bourgeoisie wie SP spucken auf sie. Der russische Einspruch, der sich auf ein zwingendes Argument, nämlich auf das Faustpfand der Besetzung stützt, will nun der Stalinpartei rein mechanisch jenen Einfluß verschaffen, den sie politisch schon längst verloren hat. An Stelle des Proporz soll wieder die Parität treten, die Stalinpartei dadurch aus ihrer Bedeutungslosigkeit herausgerissen und so die Durchführung einer der SU genehmen Politik Österreichs, vor allem also eine ihr genehme Außenpolitik garantiert werden.

Es ist klar, daß der österreichischen Bourgeoisie, die sich im Geheimen bereits heute westlich orientiert hat, die Verfassung des Jahres 1929 lieber ist als die von 1920; sie macht sie von den Massen unabhängiger. Ihren Druck war das stillschweigende Zurückgehen auf die Verfassung von 1929 zuzuschreiben. Sie wird deshalb in dieser Frage nicht widerstandslos nachgeben. In einer neuerlichen Sitzung des Nationalrates Anfang April 1946 stimmten denn auch ÖVP und SP gegen die wenigen Stimmen der Stalinpartei für das Festhalten an der Verfassung von 1929. Der Sitzung war einige Tage vorher die Reise Schürfs nach London vorausgegangen: Die SP enthüllte sich als direktes Verbindungsglied zwischen österreichischer Bourgeoisie und englischem Imperialismus; gerade mit ihrer Hilfe wagte die Bourgeoisie, den scharfen Gegensatz zwischen SU und Imperialisten ausnützend, den ersten Versuch einer Art selbständigen Politik. Wird ihr dieser Versuch gelingen? Die Antwort hängt ab von der Schärfe des russisch-englischen Gegensatzes und dem Gewicht, das die SU wie England (und die anderen Imperialisten, die hier mit England gehen) der österreichischen Frage zuschreiben. Sie hängt aber ebenso sehr und noch mehr ab von der österreichischen Arbeiterklasse und dem internationalen Klassenkampf.

Wie muß sich das österreichische Proletariat, wie müssen wir uns dazu stellen? Das Proletariat darf keine einzige demokratische Position, und wäre es die geringste, kein einziges seiner demokratischen Rechte freiwillig der Reaktion abtreten! Wir müssen darum den verräterischen Standpunkt von SP und Stalinpartei entlarven, den beide gleichermaßen einnehmen. Die SP will als getreuer Lakai der Bourgeoisie Machtpositionen in die Hand spielen, die diese 1929 nur nach einer Reihe schwerer Klassenkämpfe und als Ergebnis proletarischer Niederlagen erreicht hat. Und der Stalinpartei sind im Grunde genommen die demokratischen Rechte der Massen ebenfalls höchst gleichgültig; sie hat das deutlich genug gezeigt, als sie zweimal für diese nun so "undemokratische" Verfassung gestimmt hat. Sie will einzig und allein dabei mitzureden haben,

daß die österreichische Bourgeoisie nicht einen den russischen Interessen zuwiderlaufenden außenpolitischen Kurs segeln kann. Den Massen aber und uns als ihren bewußtesten Vertretern kann die Verfassung ganz und gar nicht gleichgültig sein; sie ist im Gegenteil von höchster Wichtigkeit.

Jede geschriebene Verfassung hat nur dann Wert und ist nur dann von Dauer, wenn sie den tatsächlichen Machtverhältnissen in einem Lande entspricht. Wer eine wirklich demokratische Verfassung will, d.h. also eine solche, die den Massen möglichst große Rechte, einen möglichst großen Spielraum zur Entfaltung ihres Kampfes gibt, der muß eine solche Politik betreiben, durch die das Kräfteverhältnis der Klassen tatsächlich zu Gunsten der Arbeiterklasse verändert wird. Eine solche Politik verlangt Entfaltung des Massenkampfes, Mobilisierung der Massen für ihre unmittelbaren ökonomischen und politischen Interessen, verlangt also, da das sich unmittelbar gegen die kapitalistischen Klasseninteressen richtet, den grundsätzlichen Bruch mit der Bourgeoisie. Doch SP und Stalinpartei stehen beide auf dem Boden der Zusammenarbeit mit dieser.

Dazu kommt ein Zweites. Wer wirklich für eine demokratische Verfassung eintritt, d.h. also für eine Demokratie nicht nur auf dem Papier, sondern für tatsächliche demokratische Rechte der Massen, die in den wirklichen Machtverhältnissen wurzeln, der muß zugleich für das demokratische Selbstbestimmungsrecht der Nationen als einem der wesentlichsten demokratischen Grundrechte eintreten. Das bedeutet in der Praxis den Kampf für den sofortigen und bedingungslosen Abzug aller Besatzungstruppen einschließlich der russischen! In einem Lande, das so wie Österreich vergewaltigt, niedergehalten und ausgesogen wird, ist es ein himmelschreiender Hohn, von Demokratie überhaupt auch nur zu reden.

Wird durch den Abzug der russischen Truppen aus Österreich nicht die Position der SU gegenüber dem Imperialismus geschwächt? Die Schwächung ist nur eine scheinbare. Mehr als durch alles andere werden Macht und Ansehen der SU untergraben durch die antidemokratischen Methoden der Besetzung, die gewaltsamen Annexionen, die schamlose Ausplünderung und Vergewaltigung der "befreiten" Völker, die sich von den gleichen Handlungen der Imperialisten nur durch die stumpfsinnige Brutalität der massiven Methoden der Bürokratie unterscheiden. Je länger die russischen Truppen hier bleiben, desto größer wird der Haß und die Verachtung der Massen gegen die SU werden, ein Haß, der den besten Nährboden abgibt für die Reaktion, für die Politik der Bourgeoisie zur Festigung ihrer Positionen, für die Vorbereitung eines imperialistischen Krieges gegen die SU.

Die Stalinpartei hat in dieser Frage eine offen verräterische Position bezogen, ein Verrat, den sie hinter der gemeinen Lüge von der "Mitschuld des ganzen österreichischen Volkes am Hitlerkrieg" zu verstecken sucht. Eine ihrer Agentinnen in London agitiert dort offen für die Aufrechterhaltung der Besetzung. Hier in Österreich wagt die Stalinpartei angesichts der Stimmung der Massen nicht das ebenfalls so offen auszusprechen, aber - sie schweigt hartnäckig zu dieser so wichtigen Frage, trotzdem die SP das weidlich ausnützt und der Stalinpartei eine Ohrfeige nach der anderen verabreicht, die diese stillschweigend einsteckt.

Die SP tritt für die Aufhebung der Besetzung ein. Sie kann das im Gegensatz zur Stalinpartei, die ihre letzte und entscheidende Stütze mit den Truppen der Roten Armee und den Revolvern der GPU verlieren würde. Sie macht das als getreuer Lakai der österreichischen Bourgeoisie, die sich gerne wieder als halbwegs "selbständige" Kraft in das imperialistische Kräftespiel einschleichen möchte,

die aus einem passiven Objekt der imperialistischen Ausraubung wieder zu einem handelnden Subjekt im System der kapitalistischen Profitmacherei werden will. Doch wenn wir auch wissen, warum die SP heute für die Aufhebung der Besetzung eintritt, daß sie sich damit nur die Basis schaffen will für eine ungestörte Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie und damit für fette Pfründen, und wenn ferner die SP auch in dieser Frage als direkter Agent der Machtpolitik des englischen Imperialismus gegenüber dem entarteten Arbeiterstaat wirkt, so entspricht dennoch die Aufhebung der Besetzung objektiv proletarischen Interessen. Wir unterstützen deshalb die SP in dieser Frage bei Aufzeigung ihrer verräterischen Ausgangsposition und Grundlinie. Wir verlangen von der SP einen ernsthaften Kampf in dieser und in allen Fragen, die den Masseninteressen entsprechen.

Worauf müssen wir also das Augenmerk der Arbeiter in der Verfassungsfrage konzentrieren? Auf den wirklichen, ernsthaften Kampf für die unmittelbaren ökonomischen und politischen Interessen der Massen, für die Mobilisierung der Massen hierfür, für die Abwälzung der Lasten des verlorenen Krieges auf die Bourgeoisie, für Entfaltung der Masseninitiative, für die Heranziehung der breitesten Massen zur Lösung der unmittelbar vor uns stehenden Aufgaben: Der wirklichen Liquidierung des Faschismus, des Kampfes gegen Hunger, des Kampfes für die demokratischen Rechte der Massen, der sofortigen Aufhebung der Besetzung, des sofortigen und bedingungslosen Abzugs aller fremden Truppen bei gleichzeitiger Verbrüderung mit deren Soldaten, für das demokratische Selbstbestimmungsrecht des österreichischen Volkes. Erst auf dem Boden eines solchen Kampfes wird sich das tatsächliche Kräfteverhältnis zu Gunsten der Arbeiterklasse verschieben, werden sich die Massen ihre demokratischen Rechte erobern, die ihnen die papierene Verfassung allein nie garantieren kann.

28.4.46

=====0=====